

92. ordentliche
Mitgliederversammlung

**BVV Versicherungsverein des
Bankgewerbes a.G.**

**am 24. Juni 2005
in Berlin**

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.
92. ordentliche Mitgliederversammlung am 24. Juni 2005

Einladung unserer Mitglieder zur

**92. ordentlichen Mitgliederversammlung
des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.**

am Freitag, dem 24. Juni 2005

im

Hotel Berlin

Berliner Saal

Lützowplatz 17

10785 Berlin

Die Versammlung findet unmittelbar im Anschluss an die um 10:00 Uhr beginnende 6. ordentliche Mitgliederversammlung der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. statt. An dieser Veranstaltung können auch die Teilnehmer der Mitgliederversammlung des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. als Gast teilnehmen.

Tagesordnung

TOP 1

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2004 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Anmerkungen hierzu finden Sie unter „Erläuterungen zu TOP 1“ ab Seite 6

TOP 2

Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2004

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

TOP 3

Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2004

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

TOP 4

Vorlage des Dringlichkeitsbeschlusses des Aufsichtsrates vom 20. Dezember 2004 zur Einführung des Tarifes ARLEP/mGH

Die Mitgliederversammlung nimmt gemäß § 20 Abs. 5 der Satzung den Dringlichkeitsbeschluss zur Kenntnis.

TOP 5

Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat

Aus dem Aufsichtsrat scheiden aus der Gruppe der Vertreter der Mitgliedsangestellten Hans-Georg Jurkat und Uwe Plucinski aus. Gemäß § 8 Abs. 3 der Satzung findet eine Ersatzwahl statt.

Unbeschadet des Rechts der Mitgliedsangestellten, nach der vom Aufsichtsrat erlassenen Wahlordnung (§ 20 Abs. 3 der Satzung) bis spätestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung Vorschlagslisten einzureichen, schlägt der Aufsichtsrat vor, folgende Damen in den Aufsichtsrat zu wählen (§ 36 VAG i. V. m. § 124 Abs. 2 - 3 AktG):

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.

92. ordentliche Mitgliederversammlung am 24. Juni 2005

Gruppe der Mitgliedsangestellten:

Claudia Trinkaus

Mitglied des Gesamtbetriebsrates der Commerzbank AG, Frankfurt am Main

Annegret Oerder

Vorsitzende des Betriebsrates der Dresdner Bank AG, Köln

Die Mitgliedsangestellten können gemäß § 2 der Wahlordnung Vorschlagslisten für die Ersatzwahl zum Aufsichtsrat bis spätestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung, also bis zum **27. Mai 2005**, dem Vorstand einreichen.

Die Vorgeschlagenen sind nach Vor- und Zuname, Beruf, Wohnort und den jeweiligen Mitglieds- bzw. Trägerunternehmen zu benennen. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten der Gruppe unterzeichnet sein.

Vorschlagslisten können auch von den Mitgliedsangestellten der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. eingereicht werden (§ 3 a der Wahlordnung).

Soweit aus dem Kreis der Mitgliedsangestellten Vorschlagslisten eingereicht werden, sind die Vorschlagslisten Gegenstand des Wahlvorgangs (§ 9 der Wahlordnung für die Wahl des Aufsichtsrates, s. „Anlage zu TOP 5“).

TOP 6

Verschiedenes

Bundesanzeiger

Die Tagesordnung wird ab 24. Mai 2005 im elektronischen Bundesanzeiger (www.ebundesanzeiger.de) bekannt gegeben.

Internet

Die Tagesordnung ist im Internet unter www.bvv-vers.de/mitgliederversammlung veröffentlicht.

Mitgliedskarte

Mitglieder, die an der Versammlung teilnehmen möchten, werden gebeten, ihre Mitgliedskarte beziehungsweise Versicherungspolice bei der Eingangskontrolle vorzulegen.

Vertretungsvollmacht

Die Mitglieder können sich in der Mitgliederversammlung **vertreten** lassen. Die **Vertretungsvollmachten** haben nach § 18 Abs. 2 der Satzung nur Gültigkeit, wenn sie schriftlich erstellt und dem Vorstand spätestens 8 Tage vor der Mitgliederversammlung, **also spätestens am 16. Juni 2005**, zugegangen sind. Ein Unterbevollmächtigter hat zusätzlich eine schriftliche Vollmacht vorzulegen.

Alle teilnehmenden Mitglieder, insbesondere deren Bevollmächtigte und ggf. Unterbevollmächtigte, werden gebeten, sich ihre Stimmkarten unter Vorlage eines gültigen Personalausweises **bis 9:45 Uhr an der Eingangskontrolle** abzuholen.

Abendveranstaltung

Zur Einstimmung auf unsere Mitgliederversammlung haben wir für die bevollmächtigten Vertreter der Mitgliedsunternehmen und Mitgliedsangestellten, wie schon in den Vorjahren, am Donnerstag, dem 23. Juni 2005 eine Abendveranstaltung organisiert. In diesem Jahr laden wir Sie ab 19:00 Uhr ein in das

Meilenwerk
Wiebestraße 36 - 37
in 10553 Berlin- Tiergarten.

Dabei nutzen wir die Gelegenheit gern, Sie über aktuelle Themen rund um die betriebliche Altersversorgung zu informieren.

BVV

Der Vorstand

Erläuterungen zu TOP 1

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2004 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Zu der Geschäftsentwicklung im Jahr 2004 ist anzumerken:

1. Das anhaltend im historischen Vergleich außergewöhnlich niedrige Zinsniveau und die zusätzlichen Anforderungen aus der im Zuge der Umsetzung von EU-Vorgaben in deutsches Recht notwendigen deutlichen Aufstockung des Eigenkapitals erforderten beim BVV - wie auch bei vergleichbaren Versicherern und Pensionskassen - unverändert Einschränkungen bei der Überschussbeteiligung. So muss auf die Zahlung eines Anpassungszuschlags im Alttarif wie im Vorjahr verzichtet werden. Der Sonderzuschlag an Rentenempfänger bleibt mit 25 Prozent (Deklaration für 2006) auf dem Niveau des Vorjahres. Die laufenden Rentenzahlungen liegen trotz dieser Einschränkungen nach wie vor deutlich über den nach den Versicherungsbedingungen zugesagten Rentenleistungen.

Für den überwiegend in der BVV Versorgungskasse geführten Bestand von 38.340 (36.701)* Versicherten im Individualtarif (Neutarife) wurde der Anpassungszuschlag wie im Vorjahr mit 0,5 Prozent festgesetzt und in Höhe von 1,7 (1,3) Millionen Euro reserviert. Hinsichtlich der Überschussverwendung in den Neutarifen ist anzumerken, dass hier weder Heilverfahrensleistungen noch Sonderzuschläge gewährt werden und somit ein entsprechend höherer Betrag für den Anpassungszuschlag zur Verfügung steht.

2. Der Gesamtüberschuss hat sich auf 257,4 (175,8) Millionen Euro erhöht. Der abermals gestiegene Gesamtüberschuss resultiert im Wesentlichen aus deutlich verminderten Aufwendungen für Kapitalanlagen (- 222 Millionen Euro) sowie erhöhten laufenden Kapitalerträgen und realisierten Buchgewinnen aus Zuschreibungen. Der Überschuss entstammt größtenteils den über den kalkulierten Rechnungszins hinaus erzielten Kapitalerträgen sowie darüber hinaus den versicherungstechnischen Risikogewinnen infolge günstigerer Sterblichkeitsverläufe und sehr geringer Invalidisierung bei den Aktiven.

Aus dem Gesamtüberschuss wurden 130 (171) Millionen Euro zur Dotierung der Verlustrücklage verwendet, 123,6 (0,7) Millionen Euro der Rückstellung für Beiträgerstattung zugewiesen und als Direktgutschriften 3,8 Millionen Euro ausgeschüttet.

* Angaben in Klammern jeweils Vorjahreszahlen

Die Überschussverwendung resultiert aus den gesetzlich für die Zukunft deutlich erhöhten Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und konnte ohne Steuer-mehrbelastung (Mindestbesteuerung) gestaltet werden. Zum 31. Dezember 2007 ist eine Eigenkapitalquote von 4,5 Prozent der Deckungsrückstellung gefordert. Per Jah-resultimo 2004 belief sich die Eigenkapitalquote - bei einer Verlustrücklage von 456,0 Millionen Euro und einer freien RfB von 72,5 Millionen Euro - auf 3,3 Prozent.

3. Die Beitragseinnahmen verzeichneten im Berichtsjahr einen geringfügigen Zuwachs von 0,4 Prozent auf 510,3 (508,3) Millionen Euro. Die Steigerung des Beitragsaufkom-mens ist auf die tariflichen und individuellen Gehaltserhöhungen für die versicherten Mitarbeiter unserer Mitgliedsunternehmen sowie die gestiegenen Einmalbeiträge aus Übernahmen von Pensionsverpflichtungen zurückzuführen. Von den vereinnahmten Beiträgen des Firmenkundengeschäftes in Höhe von 438,1 (445,9) Millionen Euro entfallen rund 79 (79) Prozent auf Zuwendungen der Trägerunterneh-men an die BVV Versorgungskasse.
4. Am 31. Dezember des Berichtsjahres waren 603 (557) Unternehmen Mitglied im BVV. Die BVV Versorgungskasse hatte zu diesem Zeitpunkt einen beitragspflichtigen Mit-gliederbestand von 140.898 (145.237) Personen. Die Mitgliederanzahl einschließlich der freiwillig Versicherten (Versicherungsverein und Versorgungskasse) hat sich von 221.384 auf 216.519 Personen abermals rückläufig entwickelt. Dabei ist die Anzahl der versicherten Pflichtmitglieder der Mitgliedsunternehmen (einschließlich der Trä-gerunternehmen der BVV Versorgungskasse) gegenüber dem Vorjahr von 171.475 auf 161.859 zurückgegangen. Hingegen hat sich die Anzahl der freiwilligen Weiterversicherungen erneut um 9,5 Prozent auf 54.660 Personen erhöht.
5. Auf der Leistungsseite entwickelt sich der Rentenbestand kontinuierlich. Im Be-richtsjahr wurden 501,6 Millionen Euro nach 468,4 Millionen Euro im Vorjahr in Form von Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrenten an 81.003 (77.661) Rentner ausge-zahlt. Der durchschnittliche Jahresbetrag der in 2004 zugegangenen Renten bei 30 und mehr Beitragsjahren betrug für die männlichen Altersrentner, einschließlich vor-gezogener Altersrenten, 13.350 (13.100) Euro und für weibliche Altersrentner 9.350 (9.450) Euro. In diesen Rentenbeträgen sind die Überschussrente, der Anpassungs-zuschlag 2004 im Neutarif und der Sonderzuschlag von 40 Prozent der fällig werden-den Stammrenten im Alttarif enthalten.

Die Summe aller im Geschäftsjahr 2004 gezahlten Sterbegelder ist gegenüber dem Vorjahr von 3,2 Millionen Euro auf 3,0 Millionen Euro gesunken.

Die im Wege der Direktgutschrift gewährten Heilverfahrensleistungen beliefen sich auf 3,1 (3,2) Millionen Euro für insgesamt 12.025 (12.600) bewilligte Anträge.

6. Die Verwaltungskosten für das Versicherungsgeschäft und die Vermögensverwaltung haben sich auf 24,7 (22,2) Millionen Euro erhöht. Die Kostensteigerung resultiert aus tariflichen und individuellen Gehaltssteigerungen sowie aus erhöhten Beratungsleistungen und Abschreibungen auf Sachanlagen und Software. Darüber hinaus trugen die im Zusammenhang mit der SAP-Einführung gezahlten Prämien und Mehrarbeitsvergütungen zur Kostenerhöhung bei. Insgesamt wirkte insbesondere das Projekt zur Umstellung der gesamten IT-Systemlandschaft auf SAP-Software kostenbelastend. Die Verwaltungsaufwendungen des BVV für den Versicherungsbetrieb (Beitragsinkasso und Bestandsverwaltung) liegen mit 2,34 Prozent der Beitragseinnahmen nach 2,20 Prozent in 2003 weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der Lebensversicherungsbranche.

Die Verwaltungskosten für Kapitalanlagen gemessen an deren Volumen belaufen sich auf rd. 0,9 ‰ nach rd. 0,6 ‰ im Vorjahr. Grund für diese Erhöhung ist im Wesentlichen die Bildung einer Rückstellung für Instandhaltungsaufwendungen des direkten Immobilienbestandes in Höhe von 4,3 Millionen Euro.

7. Die Kapitalanlagen stiegen im Berichtsjahr um 842 Millionen Euro oder 5,4 Prozent auf 16,5 Milliarden Euro an. Der Anteil der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen erhöhte sich von 66,4 Prozent im Vorjahr auf 71,2 Prozent. Der Anteil der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren war mit 9,1 Prozent gegenüber 14,9 Prozent im Vorjahr rückläufig.

Die Zugangsrendite der Nominalwertanlagen (durchschnittliche Restlaufzeit 18,9 Jahre) ergab sich im Berichtsjahr mit 4,74 Prozent gegenüber 4,10 Prozent (durchschnittliche Restlaufzeit 9,4 Jahre) im Vorjahr. Der durchschnittliche Bestandszins konnte damit von 4,58 Prozent in 2003 auf 4,71 Prozent in 2004 erhöht werden.

Unter Berücksichtigung von realisierten Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 121 (284) Millionen Euro sowie Zuschreibungen bei den Wertpapier-Spezialfonds in Höhe von 26 (5) Millionen Euro ergab sich eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 5,0 Prozent (4,4 Prozent). Die laufende Durchschnittsverzinsung beträgt wie im Vorjahr 4,1 Prozent.

Die in den Kapitalanlagen insgesamt enthaltenen stillen Reserven belaufen sich per Jahresultimo 2004 auf 744,1 Millionen Euro und haben sich im Vorjahresvergleich bei gleichzeitigem substantiellen Eigenkapitalaufbau um 413,6 Millionen Euro erhöht. Stille Lasten waren mit 0,1 Millionen Euro zu verzeichnen.

Die Gesamtaktienquote des BVV auf Basis von Marktwerten betrug 10,1 Prozent (8,5 Prozent). Die ungesicherte Aktienquote belief sich zum Bilanzstichtag auf rund 1,1 Prozent der Kapitalanlagen.

Der strategische Ausbau des Immobilienengagements wurde vorangetrieben. In 2004 erfolgte eine Beteiligung an einem weiteren Immobilien-Spezialfonds mit europäischem Zuschnitt, diversifizierter Anlagestrategie und definiertem Laufzeitende. Im Rahmen der Spezialfonds wurden im Berichtsjahr zehn Objekte erworben, davon zwei in Paris und Brüssel und je ein Objekt in Rom, Madrid, Barcelona, Warschau, Leipzig und Hamburg. Aus dem Bestand wurde eine Immobilie in Amsterdam verkauft.

Die Quote des direkten Immobilienbestandes lag zum Bilanzstichtag bei 1,2 Prozent und für Investitionen in Immobilien-Spezialfonds bei 2,8 Prozent des Gesamtvermögens. Das Ergebnis des eigenen Grundbesitzbestandes ohne Berücksichtigung der selbstgenutzten Bürogebäude ist durch Belastungen des Berichtsjahres aus Instandhaltungsaufwendungen von 6,5 (2,6) Millionen Euro beeinträchtigt (Bildung einer Rückstellung in Höhe von 4,3 Millionen Euro). Die Leerstandsquote (Mietausfälle wegen Leerstand im Verhältnis zu den Grundstückserträgen) ist zum Bilanzstichtag aufgrund der weiterhin ungünstigen Marktentwicklung nur gering auf 20,6 Prozent (21,7 Prozent) gefallen.

Aus dem Direktbestand wurden ein Objekt in Wiesbaden und ein Objekt in Hamburg verkauft. Daraus resultierte ein Veräußerungsgewinn in Höhe von 1,3 Millionen Euro. Aufgrund der unverändert schwierigen Lage am deutschen Immobilienmarkt wurden die Verkaufsaktivitäten weiterhin nur mit begrenzter Intensität vorangetrieben.

8. Als entscheidender Faktor für den Erfolg des Geschäftsjahres 2005 wird die vom Verlauf der globalen Konjunktur abhängige Entwicklung der Kapitalmärkte erachtet. Hinsichtlich der Entwicklung auf den Kapitalmärkten erwartet der BVV einen moderaten Anstieg der Anleiherenditen sowie ein positives Klima für die Aktienanlage, jedoch nur mit begrenztem Aufwärtspotential. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase, geringer Kompensationseffekte aus Erträgen anderer Assetklassen, begrenzter bilanzieller Reserven und zusätzlicher Eigenkapitalerfordernisse sieht der BVV für die künftige Überschussbeteiligung nur einen eingeschränkten Spielraum.

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.

92. ordentliche Mitgliederversammlung am 24. Juni 2005

Dabei genießt die Stärkung der Finanzkraft und Risikotragfähigkeit des Vereins oberste Priorität. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden hinsichtlich des Trends zu einer höheren Lebenserwartung laufend beobachtet und erforderlichenfalls angepasst. Hinsichtlich der betrieblichen Altersvorsorge rechnet der Verein für die planbare Zukunft mit sehr günstigen Rahmenbedingungen und sieht sich für die Bewältigung der Herausforderungen seiner speziellen Umfeldbedingungen gut gerüstet.

9. Im Durchschnitt des Jahres waren einschließlich der 8 Auszubildenden 234 (230) Mitarbeiter in dem BVV Versicherungsverein tätig.

BVV

Berlin, im Mai 2005

Auf einen Blick

	2004	2003	2002	1990
Anzahl				
Mitglieds-/Trägerunternehmen	603	557	539	427
Anwärter	314.216	312.628	309.094	221.873
Rentner	81.003	77.661	74.137	46.122
Mio. €				
Jahresrentenansprüche	2.527	2.519	2.512	1.607
Gezahlte Leistungen	510	478	435	137
Verlustrücklage	456	326	150	61
Deckungsrückstellung	16.258	15.658	14.941	5.609
Kapitalanlagen	16.558	15.716	14.955	5.653
Beitragseinnahmen	510	508	495	295
Betriebskostensatz*	2,3 %	2,2 %	2,2 %	2,0 %
Laufende Vermögenserträge	684	640	685	412
Nettoverzinsung	5,0 %	4,4 %	4,1 %	6,6 %
Bilanzsumme	16.933	16.142	15.351	5.903
Überschuss	254	172	117	178
Überschussätze				
Alttarife				
Anpassungszuschlag	0 %	0 %	0 %	2,5 %
Sonderzuschlag	25 %	25 %	40 %	40 %
Neutarife				
Anpassungszuschlag	0,5 %	0,5 %	0,5 %	–

* direkte Verwaltungsaufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Verhältnis zu den gebuchten Beiträgen

Anlage zu TOP 5

Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates

(in der Fassung vom 27. November 2003)

§ 1

Die Wahl wird von dem Vorsitzenden der Mitgliederversammlung geleitet.

§ 2

Bei der Einberufung der Mitgliederversammlung sind die Wahlberechtigten aufzufordern, Vorschlagslisten bis spätestens vier Wochen vor dem Tage der Mitgliederversammlung dem Vorstand einzureichen.

§ 3

Die Vorschlagslisten sind für Mitgliedsunternehmen und Mitgliedsangestellte getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste muss so viele Namen enthalten, wie in einer Gruppe Mitglieder zu wählen sind.

Die Vorgeschlagenen sind nach Vor- und Zunamen, Wohnort, Beruf und den jeweiligen Mitglieds- bzw. Trägerunternehmen zu bezeichnen.

Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten der Gruppe unterzeichnet sein.

Sofern für die etwaigen weiteren Verhandlungen kein besonderer Bevollmächtigter benannt wird, gilt als hierzu bevollmächtigt, wer die Vorschlagsliste an erster Stelle unterzeichnet hat.

§ 3 a

Vorschlagslisten können auch von den Trägerunternehmen bzw. den Mitgliedsangestellten der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. eingereicht (siehe § 2) und unterzeichnet (siehe § 3) werden.

§ 4

Wer auf mehreren Listen vorgeschlagen ist, hat sich auf Aufforderung des Vorstandes innerhalb einer von diesem zu bestimmenden Frist für eine bestimmte Liste zu entscheiden; anderenfalls erfolgt seine Streichung auf allen Listen. Den bevollmächtigten Vertretern ist dies unverzüglich mitzuteilen und anheimzugeben, binnen einer Frist Ersatzvorschläge zu machen. Personen, die bereits in einer Vorschlagsliste aufgeführt sind, dürfen dabei nicht vorgeschlagen werden.

§ 5

Hat ein Wahlberechtigter mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so ist seine Unterschrift auf allen diesen Vorschlagslisten zu streichen; den bevollmächtigten Vertretern (§ 3 Abs. 4) ist nötigenfalls die Beschaffung anderer Unterschriften anstelle der gestrichenen binnen einer Frist zur Vermeidung der Ungültigkeit der Vorschlagslisten aufzugeben.

§ 6

Der Vorstand versieht die Vorschlagslisten mit dem Tage des Eingangs und einem Buchstaben nach der Reihenfolge des Eingangs. Er prüft die Vorschlagslisten und teilt etwaige Anstände alsbald dem bevollmächtigten Vertreter (§ 3 Abs. 4) mit. Zur Beseitigung der Anstände ist eine Frist zu setzen. Sie läuft spätestens drei Wochen vor dem Wahltag ab.

§ 7

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie den Vorschriften des § 3 nicht entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

§ 8

Bis spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung hat der Vorstand

- a) den Mitgliedsunternehmen Abschriften der Vorschlagslisten zu übersenden mit der Bitte, die Listen ihren Angestellten, z. B. durch Aushang am Schwarzen Brett, bekannt zu geben,
- b) die Vorschlagslisten im Büro des Vereins zur Einsichtnahme durch die Wahlberechtigten auszulegen.

§ 9

Der mit der Tagesordnung gemäß § 124 Abs. 2 und 3 AktG i. V. m. § 36 VAG veröffentlichte Vorschlag des Aufsichtsrates wird gegenstandslos, soweit das Wahlverfahren aufgrund der nach § 8 bekanntgegebenen gültigen Vorschlagslisten abgeschlossen werden kann.

§ 10

Die Wahl wird mittels Eingabe von Stimmkarten in eine elektronische Datenverarbeitungsanlage für Mitgliedsunternehmen und Mitgliedsangestellte getrennt durchgeführt. Der Wahlberechtigte erhält für jede der nach § 7 gültigen Vorschlagslisten eine entsprechend gekennzeichnete Stimmkarte. Er übt sein Wahlrecht durch Abgabe einer Stimmkarte aus.

§ 11

Die Aufsichtsratsmandate werden nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren auf die gültigen Vorschlagslisten verteilt.

§ 12

Liegt bei einem der vorzunehmenden Wahlgänge nur eine gültige Vorschlagsliste vor, so gelten grundsätzlich die darin bezeichneten Personen ohne Angabe von Stimmkarten als gewählt.

BVV
Berlin, im Mai 2005

Anfahrt

Die Mitgliederversammlung findet (wie schon in den Vorjahren) im Hotel Berlin, Lützowplatz 17 in 10785 Berlin statt.

Ab Bahnhof Zoologischer Garten

Bus 100 in Richtung S+U Bhf. Alexanderplatz
Ausstieg Lützowplatz
(Dauer ca. 7 Minuten)

Ab Flughafen Berlin-Tegel

Bus TXL in Richtung Mollstraße/Prenzlauer Allee
bis Alt-Moabit/Rathenower Straße,
hier umsteigen in
Bus 187 in Richtung Dittersbacher Weg
Ausstieg Lützowplatz
(Dauer ca. 31 Minuten)

Aus Richtung Hannover/Hamburg/Leipzig

Am Dreieck Funkturm auf die A 100 Richtung Wilmersdorf/Kurfürstendamm,
Abfahrt Kurfürstendamm,
Kurfürstendamm bis Olivaer Platz, rechts abbiegen in die Lietzenburger Straße,
Lietzenburger Straße geradeaus bis zur Martin-Luther Straße, links abbiegen,
geradeaus vorbei an „An der Urania“,
weiter geradeaus bis zum Lützowplatz, rechts abbiegen
(Dauer ca. 20 Minuten)

Notizen

BW Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.

Kurfürstendamm 111 – 113

10711 Berlin

Tel.: 030 / 896 01-0

Fax: 030 / 896 01-791

info@bvv-vers.de

www.bvv-vers.de